

„Betrieb auf Lahnbergen ist durchaus wirtschaftlich möglich“

Fraktionen im Kreistag fordern Partikeltherapiezentrum nachdrücklich ein / Sonst soll Land gegen Rhön AG klagen

Marburg (kse). Große Einigkeit hat in der Kreistagssitzung am Freitag darüber bestanden, dass die Rhön Klinikum AG das von Siemens errichtete Partikeltherapiezentrum auf den Marburger Lahnbergen bis Ende 2012 fertig stellen und den klinischen Betrieb für Krebspatienten aufnehmen soll.

Einstimmig votierten alle Fraktionen für einen entsprechenden Antrag der Koalition aus CDU, Grünen und Freien Wählern, den diese als Alternative zu einem Dringlichkeitsantrag der Linken vorgelegt hatte. Wie diese Zeitung berichtete, hat der Konzern angekün-

digt, die Anlage nicht betreiben zu wollen. Das an Siemens, die das Zentrum errichtet, zurückgegebene Gebäude soll nur noch zu Forschungszwecken genutzt werden. Das Koalitionspapier enthält den Hinweis, dass im Rahmen der Privatisierung Rhön vertraglich

verpflichtet worden sei, neben weiteren Investitionen die Anlage zu errichten und zu betreiben. Der Kreistag fordert nach seinem Beschluss die Klinikum AG nun auf, dieser Verpflichtung nachzukommen. Dies sei im Interesse der Patienten und der wissenschaftlich exklusiven Einrichtung.

Linken-Fraktionsvorsitzende Anna Hofmann zog ihren Antrag zurück, nachdem der Koalitionsantrag auf Betreiben der SPD darum ergänzt worden

war, dass die Landesregierung rechtliche Schritte einleitet. Rhön müsse im Falle der Nichtinbetriebnahme dazu verpflichtet werden, die 107 Millionen Euro, die als Investitionssumme für das Partikeltherapiezentrum vertraglich festgeschrieben seien, für die Versorgung von Patienten im Landkreis Marburg-Biedenkopf zu verwenden.

Ingeborg Cernej (Linke) bemängelte, dass es nicht sein dürfe, dass der private Klinik-

betreiber mit der Begründung, es rechne sich nicht, den Betrieb nicht aufnehmen wolle. Anlagen in Heidelberg und München zeigten, dass es durchaus gehe.

■ Anlagen laufen an anderer Stelle

Weitere Partikeltherapiezentren seien in Dresden, Halle und Essen seien geplant. Bei der Argumentation von Rhön

müsse befürchtet werden, dass auch andere Krebstherapien aus Kostengründen eingestellt werden könnten. „Der Patient darf nicht zum Spielball werden“. Auch Thomas Spies (SPD) verwies darauf, dass der Betrieb nach einer Anlaufzeit durchaus wirtschaftlich möglich sei. Und bis dahin könne der Konzern bei einem Jahresgewinn von 87 Millionen Euro ein Defizit von 15 Millionen Euro durchaus verkraften. Im Übrigen trage Rhön mit dem Ver-

trag das normale unternehmerische Risiko. „Gewinnmaximierung ist nicht im Sinne des Patienten“, kritisierte auch Grünen-Fraktionschefin Sandra Laaz. Das Partikeltherapiezentrum sei schließlich einer der zentralen Aspekte der Privatisierung gewesen. Werner Waßmuth (CDU) verwies darauf, dass es das zentrale Ziel sein müsse, den klinischen Betrieb zu gewährleisten, um eine möglichst breite Patientenversorgung sicherzustellen.